Drucksachen-Nr. 0669/2009-2014

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	20.04.2010	öffentlich
Landschaftsbeirat	04.05.2010	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	06.05.2010	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Beitritt der Stadt Bielefeld zur Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"

Beschlussvorschlag:

Der Landschaftsbeirat nimmt zur Kenntnis, der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt und der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Bielefeld zur Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen".

Begründung:

Weltweit wird ein alarmierender Rückgang der biologischen Vielfalt beobachtet. Durch den Verlust an Arten, genetischer Vielfalt und Lebensräumen verarmt die Natur und werden die Lebensgrundlagen der Menschen bedroht. Ausgestorbene Arten und Verlust an genetischer Vielfalt sind irreversibel.

Neben internationalen Abkommen z.B. dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) und gesamtstaatlichen Anstrengungen (Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt) sind hier insbesondere auch die regionale und lokale Ebene gefragt, auf der konkret Arten und Lebensräume verschwinden.

Anlässlich des internationalen Jahres der biologischen Vielfalt haben das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) gemeinsam ein Dialogforum organisiert, bei dem Vertreter/innen zahlreicher Kommunen sowie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam eine Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" erarbeitet haben. Mit der Unterzeichnung dieser Deklaration wollen die teilnehmenden Städte und Gemeinden ihren Willen bekunden, sich weiter für die biologische Vielfalt zu engagieren. Veröffentlicht wird die Deklaration am 22. Mai 2010, dem internationalen Tag der Biodiversität.

Der Deklaration beitretende Kommunen setzen sich dafür ein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen im Sinne der Erhaltung und Stärkung der biologischen Vielfalt zu ergreifen. Dabei werden vier Bereiche vorgeschlagen: Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich, Arten und Biotopschutz, nachhaltige Nutzung (Flächen, Rohstoffe) sowie Bewusstseinsbildung und Kooperation. Eine gemeinsame Plattform für den Austausch von Erfahrungen und Strategien zur Erhaltung der biologischen Vielfalt soll die Aktivitäten unterstützen.

Bereits heute dienen zahlreiche Strukturen und Aktivitäten in der Stadt Bielefeld direkt oder indirekt auch dem Erhalt der Artenvielfalt. Hierzu gehören das bedeutsame Grünsystem, das gemeinsame Projekt Kulturlandschaftsprogramm zwischen Umweltverwaltung und Landwirtschaft,

der wesentlich durch Ehrenamtliche geleistete Schutz der Amphibien zu den Wanderungszeiten und die der Durchgängigkeit und Naturnähe dienenden Maßnahmen des Gewässerbaus, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Aber Verlust an Artenvielfalt findet auch bei uns vor Ort statt. Singende Lerchen über landwirtschaftlichen Flächen sind in Bielefeld schon selten. Orchideenstandorte auf aufgelassenen Grünlandstandorten verschwinden, weil diese einer intensiven Freizeitnutzung unterliegen oder die Pflege nicht mehr leistbar ist. Daher sind auch in Bielefeld zusätzliche Anstrengungen notwendig, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Als Grundlage für weitere Maßnahmen sollen Arten oder Lebensräume festgelegt werden, für die Bielefeld eine besondere Verantwortung hat oder für die besondere Möglichkeiten für Verbesserungen bestehen. Mit verschiedenen Akteuren z.B. aus Verwaltung, Naturschutzverbänden, Landwirtschaft, Kirchen und Unternehmen sollen dann konkrete Aktionen oder Projekte entstehen, die geeignet sind, dem Rückgang der Artenvielfalt auf der lokalen Ebene zu begegnen.

Neben diesen konkreten Projekten ist aber auch die planerische Ebene, also sowohl die Bauleitals auch die Landschaftsplanung, sowie die Ebene der Information und Bewusstseinsbildung und damit Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit von Bedeutung.

Die Aktivitäten sollen nicht auf das Jahr 2010, das internationale Jahr der Artenvielfalt, beschränkt bleiben, sondern auch langfristig weiterverfolgt werden. Viele Projekte werden sicher auch mehr Zeit benötigen, um anzulaufen und sichtbare Auswirkungen zu entfalten.

Das Engagement der Stadt Bielefeld bei Projekten und Aktionen ist hierbei selbstverständlich unter den finanziellen Restriktionen des Nothaushaltrechts zu betrachten.

	Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.
Anja Ritschel	